

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 1051 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über das schleppende Vorankommen von Open Government Data im Kanton Luzern / Finanzdepartement

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Wahrscheinlich sagen Sie jetzt, dass Ihnen das Thema Open Government Data (OGD) nicht so bekannt ist. Bei meiner Anfrage geht es nicht nur um Daten, sondern auch darum, dass die Regierung einen Auftrag unseres Parlaments verschleppt. Ende 2019 hat unser Rat der Regierung einstimmig einen klaren Auftrag erteilt. OGD sollte als Prinzip und Kultur in der Kantonsverwaltung verankert werden. Seither ist etwas, aber doch sehr wenig passiert. In der Strategie zum digitalen Wandel wurde das Thema OGD kurz erwähnt, aber nicht weiter ausgearbeitet. In den letzten Monaten konnten auf dem Portal «opendata.swiss» viele Datensätze des Kantons Luzern gefunden werden. Das ging wie von Zauberhand: Als ich meine Anfrage im Januar eingereicht habe, waren es zwei Datensätze, inzwischen sind es etwas über 200. Auch die Geoinformationsdaten wurden aufgeschaltet. Das ist sicher gut. Unser Auftrag von 2019 ist damit aber noch nicht erfüllt. Damit der Kanton und seine Abteilungen auch der Öffentlichkeit alle möglichen Datensätze wirkungsvoll und flächendeckend zur Verfügung stellen können, braucht es mehr OGD-Expertise und ein Mitdenken in allen Abteilungen. Das muss von oben bestärkt und gelebt werden. Das richtige Instrument dazu wäre eine Strategie, aber vier Jahre nach der Überweisung des entsprechenden Postulats warten wir immer noch auf eine solche. Das ist unverständlich. Die Dienststellen benötigen zudem Unterstützung, damit sie eine Expertise aufbauen können. Zudem braucht es innerhalb der Verwaltung auch einen Ansprechpartner. Auch diesbezüglich sind wir noch nicht weiter. Man könnte nun einwenden, dass das für den Kanton nicht so wichtig ist. Aber OGD ist inzwischen breit anerkannt als Treiber von Innovation für Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn unser Kanton also nicht vorwärtsmacht, liegt er plötzlich im Hintertreffen. In meiner Anfrage habe ich den Kanton Zug als Beispiel erwähnt. Der Rückstand ist unnötig. Wenn der Kanton unserem Auftrag endlich nachkommen und OGD leben und verankern würde, ginge es viel schneller vorwärts. Dazu braucht es eine Strategie und eine Ansprechstelle innerhalb der Verwaltung. Zum Schluss zur Antwort zu Frage 5 und zum Thema Gebühren der amtlichen Vermessung: Die Antwort der Regierung könnte einen glauben lassen, dass alles gut sei. Dem ist aber überhaupt nicht so. Ich zitiere nochmals, was der Preisüberwacher über die Luzerner Gebühren geschrieben hat: «Wer derart hohe Gebühren für die Daten der amtlichen Vermessung kassiert, agiert wirtschaftsfeindlich und wettbewerbsbehindernd.» Der Kanton hat die Gebühren der amtlichen Vermessung seit

dieser Rüge des Preisüberwachers nicht verändert. Die Mehrheit der Kantone verzichtet inzwischen auf diese Gebühren. Wieso hat der Regierungsrat diese Rüge einfach ignoriert? Das würde mich sehr interessieren. Der Regierungsrat hat im Rahmen der Verordnung die Kompetenz, diese Gebühren zu senken. Ich habe die Erwartung, dass er das auch tut, da er die Kompetenz ja hat. Falls er sich auf den Standpunkt stellt, dass die Gebühren gesetzlich zwingend sind, werde ich mir überlegen einen entsprechenden Vorstoss einzureichen, damit das Gesetz entsprechend geändert werden kann.

Peter Fässler: Wir wissen ja, dass in der Politik die Mühlen langsam mahlen. Beim Thema OGD stehen sie aber still. Würden diese Politikmühlen mit Windkraft betrieben, könnte man ja der Windstille die Schuld geben. Doch wo klemmt es hier? Die Antwort der Regierung klammert diese Frage aus. Dabei wäre das Thema OGD im Kanton Luzern unbestritten. Das Postulat P 640 von Rahel Estermann zu diesem Thema wurde im Dezember 2019 einstimmig von diesem Rat überwiesen. In der Botschaft B 108 über die Digitalstrategie betont die Regierung, wie wichtig das Thema OGD sei. Unter Punkt 4.7.2 steht Folgendes: «Geeignete Datenbestände des Kantons stehen als Open Data zur Verfügung. Durch den Kanton produzierte oder in seinem Auftrag erhobene Datenbestände werden grundsätzlich zur freien Nutzung beziehungsweise zur Weiterverwendung als Open Government Data in offener, standardisierter und maschinenlesbarer Form veröffentlicht.» Diese Willensbekundung ist sehr loblich und wichtig für ein transparentes Staatswesen. Doch in der Antwort der Regierung auf diese Anfrage von Rahel Estermann bleibt die Regierung sehr vage, wie sie diese Willensbekundung innert nützlicher Frist umsetzen will. All die schönen Sätze zu OGD wie «Alle diese Entwicklungen sind in ihren Grundzügen bereits initiiert, benötigen jedoch eine verstärkte Priorisierung und weiteren Effort.», oder «Innerhalb der Verwaltung des Kantons Luzern ist für eine nächste Phase eine zentrale Koordinationsstelle grundsätzlich eine erwünschte Entwicklung.», und weiter geht es mit der vagen Aussicht «Die Lustat und die Abteilung Geoinformation werden gemeinsam beauftragt, die Konzeption eines solchen Kompetenzzentrums bzw. Fachgremiums in Absprache und Zusammenarbeit mit dem OVG zu initiieren und auszuarbeiten.» Wäre es jetzt nicht langsam Zeit, dieses Projekt aktiv anzugehen? Müssen Wirtschaft und Institutionen beispielsweise weiterhin gegenüber anderen Kantonen im Hintertreffen bleiben, weil sie keinen Zugang zu für sie wichtige Daten haben? Warten wir nicht auf den nächsten Wind, sondern stossen das Projekt subito an. Nehmen wir die Dienststelle Raum und Wirtschaft (Rawi) mit der Veröffentlichung der Geodaten als Vorbild.

Heidi Scherer: Seit Einreichung der Anfrage im Januar 2023 ist einiges gegangen. Wie der Regierungsrat in den Antworten erläutert, wurden Schritte gemacht, und weitere Schritte sind geplant. Die FDP-Fraktion unterstützt das gewählte Vorgehen. Es kann als subjektives Empfinden beurteilt werden, dass der Kanton Luzern im Bereich der frei zugänglichen standardisierten und maschinenlesbaren Verwaltungsdaten ins Hintertreffen geraten ist. Man kann die Plattform gerne einmal besuchen und nachschauen, wie viele Kantone dort erscheinen oder eben nicht erscheinen. Ein weiterer kleiner Einschub: Es gibt Bereiche, in denen es uns mehr stören sollte, dass der Kanton Ränge verliert. Zurück zum Thema OGD: Es ist auf jeden Fall wichtig, dass das Vorgehen koordiniert erfolgt. Dabei sind die Datenqualität und die Übersichtlichkeit wichtig. Es macht Sinn, dass im Kanton eine Stelle definiert werden soll, welche die Koordination übernimmt und die Übersicht hat. Dabei müssen auch die Gemeinden mitmachen, und auch das Öffentlichkeitsprinzip spielt mit. Zu Frage 5 über die Luzerner Daten, die grundsätzlich offen zur Verfügung stehen sollen: Heisst «offen» in jedem Fall «gratis»? Irgendjemand bezahlt dafür. Es sind nicht immer die, welche die Leistung abholen wollen. Das entspricht begrenzt dem Verständnis der Verursachergerechtigkeit. In

diesem Sinn erachten wir die Antworten der Regierung als in Ordnung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es wurde jetzt schon etwas gar viel schwarzgemalt. Ich verstehe Rahel Estermann. Im Bereich, in dem sie wissenschaftlich und beruflich tätig ist, erwartet sie vom Kanton einen besonderen Effort. Tatsache ist, dass wir einiges in die Wege geleitet haben. Es wurde nicht nichts gemacht, so wie es hier dargestellt wurde. Letztlich ist alles eine Frage der Ressourcen. Ich bin sehr gespannt, wie das Parlament den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) mit dem entsprechenden Personalaufbau diskutiert. Wir benötigen wesentlich mehr Personal, um diesen Effort leisten zu können. Zu den Gebühren bei der öffentlichen Vermessung: Grundsätzlich ist es so, dass Gebühren kostendeckend ausgelegt werden sollen. Das ist hier auch der Fall. Jetzt lautet die Frage, ob die amtliche Vermessung durch die Verursacher – Planer, Bauherren – bezahlt werden soll oder durch die Allgemeinheit mit Steuergeldern. So einfach ist das. Auch hierzu können Sie im Rahmen der AFP-Diskussion einen Antrag stellen. Dann sind wir sofort in der Lage, diese Gebühren zu erlassen. Verdienen tut der Kanton an diesen Gebühren schon heute nichts. Soweit mir bekannt ist, sind sie knapp – wenn überhaupt – kostendeckend. Wir arbeiten an der Strategie und wollen das Thema OGD vorantreiben, aber so einfach, wie es hier dargestellt wurde, ist es eben nicht. In einem Punkt sind wir uns einig: Der Auftrag ist noch nicht abgeschlossen. Wir arbeiten aber daran.